

UZ-Debatte zur Einschätzung der gegenwärtigen Krise UZ vom 27. September 2013

Bruttoinlandsprodukt und Bruttolohnquote

Von Friedrich Sendelbeck, Nürnberg

Ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Krise ist weder mit „großer Krise“ noch mit „struktureller Krise“ oder mit „zyklische Überproduktionskrise“ beschrieben.

„Groß“ sagt qualitativ eher gar nichts aus, „strukturell“ vermutlich auch nicht, außer es soll fälschlicherweise suggerieren, dass der Kapitalismus in ein Stadium von nicht mehr beherrschbaren Krisen eingetreten sei, und „zyklische Überproduktion“ ist nun – statt einer neuen Erkenntnis – immer schon das kapitalistische Lebenselixier, aus dem sich dieses Wirtschaftssystem gestärkt vorwärts entwickelt.

Es ist jedoch notwendig, sich das anzusehen, was in dieser Qualität neu in der jetzigen Krise festzustellen ist: Wer die Entwicklung des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Bruttolohnquote in den letzten 20 Jahren und besonders in den 15 Jahren vor Beginn der gegenwärtigen Krise analysiert, stellt fest, dass von 1993 bis 2008 das BIP um etwa 50 Prozent (800 Mrd. Euro) gewachsen ist, die Bruttolohnquote aber um etwa acht Prozent abgesunken ist (dafür gibt es u. a. politisch gewollte Gründe: Hartz IV, Leiharbeit, Befristungen ohne Sachgrund etc.).

Das Absinken der Lohnquote hat zum einen zu einem Verlust bei den Bruttolohneinkommen von – kumuliert für die 15 Jahre – über einer Billion Euro (und bei den Sozialversicherungen von etwa 400 Mrd. Euro) geführt, zum anderen zum bekannten Exportüberschuss der vergangenen Jahre (der seit 2003 bis heute immer dreistellige Milliardenbeträge aufweist) und damit zur Verschuldung hauptsächlich der europäischen Nachbarstaaten. Dass mit dem Exportüberschuss auch zusätzlich der Finanzsektor immens gewachsen ist, ist der Tatsache geschuldet, dass die aus den Exportüberschüssen erlösten Beträge eben nicht in der Realwirtschaft angelegt wurden, und auch gar nicht mehr konnten (angesichts der real existierenden Überakkumulation). Insbesondere dadurch wurde zusätzlicher (auch politischer) Druck auf diese Staaten ausgeübt, den Sozial- und Demokratieabbau voranzutreiben (wie es ja bei uns auch „erfolgreich“ durchgeführt worden war und zur bekannten Exportstärke beigetragen hatte). Erklärungen für die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf die Bereiche Soziales, Umwelt, Nahrungsmittel und Energie etc. können anders nicht abgeleitet werden.